

## Wie lange muss ich noch?

Arbeit und Kapital diskutieren über die Zukunft der Arbeitszeit. Seite 5



## Was ich noch sagen wollte

Gespräche sind oft heilsamer als Pillen. Doch sie finden selten statt. Seite 10

Foto: fotolia/Gina Sanders



## Wozu anschnallen?

Die Führung von Volkswagen musste bei der Hauptversammlung des Konzerns die eine oder andere Turbulenz meistern. Seite 9

Foto: fotolia/GraphicCompressor

# neues deutschland

SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG

Donnerstag, 23. Juni 2016

71. Jahrgang/Nr. 145

Bundesausgabe 1,70 €

www.neues-deutschland.de

## STANDPUNKT

### Teurer Wahnwitz

René Heilig über die Pläne der Kanzlerin, die Militärausgaben drastisch zu erhöhen

Deutschland müsse die Verteidigungsausgaben erheblich erhöhen, denn die EU sei nicht in der Lage, sich gegen die Bedrohungen von außen zu verteidigen. Wer hinter diesem Gedanken der Kanzlerin einen Hinweis auf eine ernstzunehmende Bedrohung oder gar eine friedensfördernde Logik sucht, wird nichts finden.

Verständlicher wird Merckels verbale Aufrüstung, wenn man sich an Obamas Hannover-Besuch erinnert. Anfang Mai verlangte der US-Präsident unverblümt, dass die NATO-Partner ihre Verteidigungsausgaben auf zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts erhöhen. Das sei, so der US-Präsident, beim letzten Gipfel in Wales 2014 vereinbart worden. Der »liebe Barack« schaute der »lieben Angie« dabei ganz tief in die Augen. Merkel blinzelte, eierte, schwor, man wolle bis 2020 den Verteidigungshaushalt von derzeit 34,3 auf 39,2 Milliarden Euro wachsen lassen und bis 2030 sogar 130 Milliarden Euro mehr ausgeben. Doch so gewann sie allenfalls ein wenig Zeit. Die ist abgelaufen, der nächste NATO-Gipfel in Warschau steht an, seine Zeichen stehen auf Kalten Krieg. Bestenfalls.

Selbst wenn jemand – Welch Wahnwitz – glaubt, dass mehr Waffen und mehr Soldaten in fremden Ländern, an sensiblen Grenzen, unter US-Kommando und im NATO-Verbund die Sicherheit Deutschlands stärken – die Bundeswehr ist ja nicht einmal in der Lage, vorhandenes Steuergeld auszugeben. 2015 sind abermals über eine halbe Milliarde Euro für Rüstungsprojekte liegen geblieben, weil die Industrie nicht oder nur Pfusch liefert.

## UNTEN LINKS

Letztes Jahr hat die Polizei in Deutschland 363 000 Autofahrer erwischt, die unterwegs mit dem Handy am Ohr telefonierten. So was ist gefährlich, ein schlechtes Vorbild für Kinder und außerdem verboten. In den meisten Bundesländern sank die Zahl der Telefonrowdys schon wieder, in Mecklenburg-Vorpommern aber stieg sie noch – ein Phänomen, auf das bereits Bismarck aufmerksam machte, obwohl man zu seiner Zeit noch gar keine fahrbaren Sprechgeräte kannte. Der Islamist würde beim Tatbestand »Handy am Fahrerohr« einfach sagen: Ohr ab. Oder vielleicht, wenn er gute Laune hat: Handy weg. Aber wann hat der Islamist schon gute Laune? In den USA gibt es für den Präsidenten eine bessere Sicherheitslösung. Obama hat ein Smartphone, das nicht telefoniert, fotografiert, simst und keine Musik spielt. Kein unnötiger Schnickschnack. Es zeigt die Zeit an und man kann zusehen, wie der Akku sich leert. Gäbe es die Dinge auch in Deutschland – die Polizei hätte eine Sorge weniger. wh

## Finde den Fehler!

»Remain« oder »Leave«: Großbritannien stimmt über den Verbleib in der EU ab

Berlin. Der Tag, an dem die Briten über den Verbleib ihres Landes in der Europäischen Union (EU) entscheiden, hat landestypisches Wetter zu bieten: Meteorologen sagen in vielen Gegenden von England, Wales, Schottland und Nordirland Regen voraus. An den haben sich die Briten gewöhnt – bei der Mitgliedschaft in der EU ist das für einen Teil der Bevölkerung trotz vieler dem Land gebotener Extrawürste anders.

Wie viele der 45 Millionen Berechtigten wirklich für einen Brexit votieren, war auch am Tag davor offen. Im Durchschnitt der letzten Umfragen vor der Abstimmung lagen die Befürworter eines Verbleibs (»Remain«) mit knapp 47 Prozent und die Anhänger eines Austritts (»Leave«) mit etwas über 46 Prozent fast gleichauf. Rund zehn Prozent waren aber noch unentschieden. Wettbüros sagen einen deutlichen Sieg für »Remain« voraus. Die Wahllokale schließen um 23 Uhr hiesiger Zeit. Wie das Referendum ausgegangen ist, wird erst weit in der Nacht zum Freitag bekannt sein.

Auf das, was dann kommen könnte, zeigen sich die europäischen Institutionen und die Regierung in London vorbereitet. Ob sie es auch für alle möglichen Fälle sind, steht auf einem anderen Blatt. Großbritannien ist tief in der Brexit-Frage gespalten. Ein äußerst aggressiv geführter Wahlkampf fand in dem Mordanschlag auf die Labourpolitikerin Jo Cox durch einen Attentäter mit Kontakten zur Naziszene einen traurigen

Höhepunkt. In der letzten großen Fernsehdebatte am Dienstagabend warf Londons Labour-Bürgermeister Sadiq Khan den Ausstiegsfreunden eine Kampagne gegen Migranten vor: Sie verfolgten ein »Projekt Hass« und versuchten, mit Lügen die Briten zu einem Brexit-Votum zu bewegen. Die Befürworter des Ausstiegs, die sich vor allem im rechten Lager finden, behaupteten immer wieder, es würden bewusst Ängste vor den wirtschaftlichen Folgen eines EU-Austritts geschürt. Dass ein Brexit erhebliche Auswirkungen haben würde, darin sind sich viele Ökonomen allerdings einig. Wie schwerwiegend diese sind und wen sie noch alles betreffen könnten, hängt auch davon ab, wie sich im Falle eines Brexits etwa die Beziehungen Großbritanniens zum EU-Binnenmarkt entwickeln.

Brexit-Befürworter gibt es aber auch in der Linken – und ihre Kritik an der Europäischen Union hat Gründe: die Austeritätspolitik, die Demokratiemängel, die Krisenpolitik zu Lasten der Beschäftigten. Nicht wenige Briten dürften das Referendum denn auch als Möglichkeit ansehen, gegen den konservativen Premier David Cameron und seine antisoziale Politik zu protestieren. Doch so richtig die Einschätzung sein mag, so sehr stößt das linke Werben für einen »Lexit« auch auf linken Widerstand.

Ein Ausstieg werde die Kräfteverhältnisse in Großbritannien noch weiter zu Ungunsten der Lohnabhängigen verschlechtern und fast jede Mitbe-

stimmung über europäische Regeln unmöglich machen, an die das Land auch im Falle eines Brexits gebunden bliebe, so die Gegenposition. Der in London lebende argentinische Schriftsteller Fernando Sdrigotti kritisierte leidenschaftlich, die »Brexit-Linke« mache sich gemein mit Rechtspopulisten und Nationalisten, deren Ausstiegskampagne bereits den Rassismus in Großbritannien habe wachsen lassen.

Die schwache britische Linke sei zudem »nicht darauf vorbereitet, gegen die Kräfte zu kämpfen, die von einem Brexit gestärkt würden«, so Sdrigotti. Der Weg zur Überwindung des neoliberalen Europas könne nur über internationalistische Kooperation führen. Auch der frühere griechische Finanzminister Yanis Varoufakis warb dafür, den Kampf um eine demokratischere, sozialere Union nicht aufzugeben. Und Linksfraktionschefin Sahra Wagenknecht hatte schon zuvor gewarnt, im Falle eines Brexit »würde die deutsche Hegemonie in der EU noch erdrückender werden«.

Aber egal, wie das Referendum ausgeht, so sieht es SPD-Chef Sigmar Gabriel, dürfe es ein »Weiter so« nicht geben. Er forderte »eine wirtschaftspolitische Wende« und »ein gerechtes Europa«. Eine Debatte über ihre Ausgestaltung steht der Union also so oder so bevor. Ganz egal, wie schlecht das Wetter in Großbritannien am Tag der Brexit-Abstimmung ist. tos

Seiten 2, 3 und 4  
Grafik: nd

## Merkel irritiert mit Rüstungsappell

SPD zeigt sich »sehr überrascht«

Berlin. Bundeskanzlerin Angela Merkel hat mit einer Forderung nach deutlicher Erhöhung der Militärausgaben für Irritationen beim Koalitionspartner SPD gesorgt. Das sei eine Position, »die sehr überraschend in den Raum gestellt wurde«, sagte SPD-Parlamentsgeschäftsführerin Christine Lambrecht am Mittwoch in Berlin. Zwar müsse die Bundeswehr die nötigen Mittel für ihre Aufgaben erhalten. Sie könne aber nicht sehen, ob es das Erfordernis für eine »exorbitante Ausweitung« der Militärausgaben gebe. Mit scharfer Kritik reagierte die Opposition. Wer angesichts von 65 Millionen Flüchtlingen mehr Geld für Bomben statt für Entwicklungszusammenarbeit ausgeben wolle, »hat nichts verstanden«, erklärte LINKE-Chefin Katja Kipping. Merkel hatte vor dem CDU-Wirtschaftsrat beklagt, die EU sei noch nicht in der Lage, sich alleine gegen Bedrohungen von außen zu verteidigen. Deutschland, das heute 1,2 Prozent der Wirtschaftsleistung für Verteidigung ausbehalte, und die USA, die 3,4 Prozent dafür verwendeten, würden sich »annähern müssen«. Agenturen/nd

## Lammert ruft zu Versöhnung auf

Bundestag debattierte doch über Überfall auf die Sowjetunion

Berlin. Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU) hat zum 75. Jahrestag des deutschen Überfalls auf die Sowjetunion zu Versöhnung und friedlicher Konfliktlösung in Europa aufgerufen. Trotz der unterschiedlichen traumatischen Kriegserinnerungen sollten gemeinsam Lehren aus der Gewaltgeschichte gezogen werden, sagte Lammert am Mittwoch in Berlin bei einer Veranstaltung im Deutschen Historischen Museum. Mit dem Angriff auf die Sowjetunion am 22. Juni 1941 und dem folgenden Vernichtungsfeldzug habe der Zweite Weltkrieg eine neue Dimension erhalten. Nach dem Ende des Krieges hätten die 27 Millionen sowjetischen Kriegsgeschehen in Deutschland zu lange nur wenig Aufmerksamkeit erhalten. Dabei sei deren Geschichte »Teil unserer Geschichte«, so Lammert. Am gleichen Tag befasste sich der Bundestag mit dem Jahrestag – auf die Debatte hatte die Linksfraktion gedrängt. Außenminister Frank-Walter Steinmeier (SPD) nutzte die Gelegenheit, um vor einer »Entfremdung« gegenüber Russland zu warnen. Agenturen/nd Seite 5

## Paris: Proteste nun doch erlaubt

Polizei hat laut Forscherin zur Eskalation bei Demos beigetragen

Berlin. Nach einem zunächst angekündigten Verbot dürfen französische Gewerkschaften nun doch am Donnerstag in Paris gegen die umstrittene Arbeitsmarktreform der sozialdemokratischen Regierung demonstrieren. Dies kündigten die Gewerkschaftsverbände CGT und Force Ouvrière nach Gesprächen im Innenministerium an.

Am Morgen hatte die Pariser Polizei noch angekündigt, die Demonstration zu verbieten, und dies mit Gewalt am Rande früherer Proteste begründet. Seit Wochen regt sich vehementer Widerstand gegen die Pläne der Regierung. Die Polizeiforscherin Méline Gernes warf der Polizei im nd-Gespräch vor, bewusst zur Eskalation beigetragen zu haben.

In Reaktion auf das Verbot und die folgende Kehrtwende erntete die Regierung Kritik von links. Der sozialdemokratische Abgeordnete Guillaume Balas sprach von einer »schweren Funktionsstörung der Regierung«. Jean-Luc Mélenchon von der Parti de Gauche warf Premier Manuel Valls vor, verwirrt und schwer von Begriff zu sein. nd Seite 7

ISSN 0323-3375



4 198662 501709